

Antwort vom 28.11.2016

MdB, CDU/CSU

Sehr geehrter Herr XY,

als örtlich zuständiger Abgeordneter antworte ich gerne auf untenstehende Mail.

Die Tausendfache Infektion mit HIV und Hepatitis C durch kontaminierte Blutprodukte markiert ganz sicher einen der Tiefpunkte in der deutschen Geschichte der Gesundheitspolitik. Ich möchte Ihnen daher auch mitteilen, dass ich für Ihre sowie die Situation, der vielen tausend weiteren Opfer und Angehörigen, größtes Mitgefühl empfinde.

Es gibt zu Ihren Anliegen grundsätzlich zwei relativ gute Nachrichten:

Im Rahmen der Planungen für eine mittelfristige Lösung soll auch für das Jahr 2017 die Liquidität der Stiftung durch eine vorgezogene Überbrückungshilfe sichergestellt werden. Der Bundestag hat in dem vergangene Woche beschlossenen Haushaltsgesetz für das Jahr 2017 zunächst 2,0 Mio. Euro weitere Mittel für die Weiterführung der Zahlungen zur Verfügung gestellt.

Wie Sie auch der von Ihnen erwähnten Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion „Die Linke“ (Vgl. BT-Drs. 18/9776) entnehmen konnten, besteht seitens des BMG auch der Wunsch einer langfristigen Lösung für die „Stiftung Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-infizierte Personen“. Alle Beteiligten – pharmazeutische Unternehmen, Bund, Länder und DRK – verfolgen mit Nachdruck das Ziel, die Stiftung fortzuführen.

Das Bundesministerium für Gesundheit, die Stiftung "Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte Personen" und die Industrie haben hierzu Gespräche geführt. Die Länder haben das Thema in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht. Das Bundesministerium der Finanzen plant gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit über die Mittelfristige Haushaltsplanung ab 2018 die Finanzierung zu gewährleisten.

Bisherigen Planungen zufolge, soll der Bund jährlich mehr als 40% zur Finanzierung beitragen. Die Länder sollen weiterhin 20% des Finanzbedarfs abdecken. Gleichzeitig sollen die pharmazeutischen Unternehmen für die nächsten zehn Jahre ebenso einen Anteil beitragen. Auch das DRK soll sich entsprechend beteiligen. Nach Ablauf der zehn Jahre sollen dann Bund und Länder die Finanzierungsaufgabe übernehmen.

Für Sie sowie für alle anderen Opfer und Angehörigen hoffe ich, dass eine solche Lösung bald erzielt werden kann. Mit der Brückenfinanzierung für 2017 ist meines Erachtens bereits ein starkes Zeichen durch die Politik gesetzt worden, dass Ihre Belange nicht in Vergessenheit geraten sind.

Mit freundlichen Grüßen